

KATALONIEN

Notbremsung

Manuela Honsig-Erlenburg

Charles Puigdemont begann seine Rede mit einer Stunde Verspätung. Last-Minute-Diplomatie, hieß es als Begründung. Streitigkeiten mit der radikalen Linken, besagten Gerüchte. Die Rede, die der katalanische Regionalpräsident dann hielt, war der Versuch eines Spagats. Zwischen den Interessen in der katalanischen Regierung, denen in der gespaltenen Bevölkerung, denen der Wirtschaft. Und es war ein Versuch, das Gesicht zu wahren.

Puigdemont wiederholte beinahe alle Narrative der katalanischen Erniedrigung. Die Milliarden, die in den Finanzausgleich fließen, der ignorante Kurs des Zentralstaates, das verwässerte Autonomiestatut von 2006. Dann endlich folgte der Teil, auf den alle gewartet hatten: Die Verkündung der Unabhängigkeit wird aufgeschoben. Notbremsung eingeleitet. Indirekt gab Puigdemont zu: Das Referendum hatte nur „symbolischen“ Charakter.

Ein Grund dafür könnte schlicht und ergreifend der Druck der Wirtschaft sein. Mehrere in der Region ansässige Banken und Großkonzerne haben bereits angekündigt, ihre Standorte zu verlegen. Jetzt bleibt abzuwarten, wie Madrid seine Rede interpretiert. Rajoy wäre gut beraten, die Gunst der Stunde für Gespräche zu nutzen. Die könnten der erste Schritt dahin sein, die Unabhängigkeitsbestrebungen auf legale Basis zu stellen. Vielleicht in Form eines neuerlichen Votums in beiderseitigem Einverständnis, bei dem die Katalanen mit ruhigem Kopf abstimmen könnten.



Cartoon: Rudi Klein

derStandard.at/Cartoons

KINDER- UND JUGENDPSYCHIATRIE

Armutzeugnis

Colette M. Schmidt

Die Zahlen sind absolut besorgniserregend: Fast ein Viertel der Minderjährigen in Österreich leidet aktuell an einer psychischen Erkrankung, mehr als ein Drittel der Zehn- bis 18-Jährigen geben an, schon einmal an psychischen Problemen gelitten zu haben. Die meisten von ihnen konnten keine professionelle Hilfe in Anspruch nehmen – aus dem erschütternden Grund, dass sie beziehungsweise ihre Eltern sich diese nicht leisten können. Für ein reiches Land wie Österreich ist das ein Armutszeugnis. Die Zahlen gehen aus einer Studie des Ludwig-Boltzmann-Instituts und der Med-Uni Wien hervor, für die mehr als 3600 Minderjährige untersucht wurden.

Es sind die ersten validen Daten dieser Art für Österreich, und sie liegen seit dem Sommer auf dem Tisch. Passiert ist aber bisher nichts. Die Zuschüsse von Kassen für Therapiestunden sind ein Tropfen auf den heißen Stein für alleinerziehende Eltern oder einkommensschwache Elternpaare. Es gibt viel zu wenige Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche.

Die österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit schlägt wenige Tage vor der Wahl Alarm. Wer sich als Familienpartei gibt oder Zukunft plakatiert, sollte ernst nehmen, was hier verabsäumt wird. Die Kinderliga fordert die Schaffung eines eigenen Kinderministeriums. Ob es das braucht, sei dahingestellt. Mehr Geld sollte die neue Regierung aber dringend in die Hand nehmen.

ANLEGERVERFAHREN

Justizversagen

Eric Frey

Wurden Privatanleger vor der Weltfinanzkrise von Banken und Beratern ausreichend über die Risiken ihrer Investments informiert, oder wurden sie irreführend? Diese Frage beschäftigt die Finanzbranche und die Justiz seit einem Jahrzehnt. Von der Antwort hängt ab, wer am Ende die Verluste von Fehlanlagen tragen muss.

Es kam zu tausenden Anlegerklagen, die vor den Gerichten einzeln verhandelt wurden. Denn jeder Fall hat seine Eigenheiten, und Sammelverfahren sind in Österreich nur eingeschränkt möglich. Die Folge waren überlastete Gerichte, hohe Anwaltskosten und eine komplexe Judikatur, aus der sich nur schwer generelle Schlüsse ziehen lassen.

Nun hat der Oberste Gerichtshof (OGH) das Problem verschärft, indem er bei gleichen Fakten – Familienmitglieder investierten über die Bank Austria in Fonds des US-Betrügers Bernie Madoff – gegenteilige Urteile rechtskräftig werden ließ: einmal für den Anleger, ein andermal für die Bank. Auch hier heißt es: Einzelfallentscheidung. Aber schuld daran sind vor allem eine verkorkte Geschäftsordnung am Höchstgericht, die zulässt, dass ähnliche Fälle bei unterschiedlichen Richtersensaten landen, sowie Richter, die eine Grundsatzjudikatur gern vermeiden.

Doch in einem Rechtsstaat müssen Höchstgerichte nicht nur fair entscheiden, sondern auch für generelle Rechtssicherheit sorgen, und das tut der OGH in vielen Fällen nicht. Bei aller Seriosität der Richter: Das ist ein Justizversagen.

Zurück zu den Parteien

Professionell gemachte Kampagnen sind kein Ersatz für politische Willensbildung

Conrad Seidl

An der Ecke Absberggasse/Quellenstraße kann man sich an jedem Spätnachmittag stehen sehen: zwei Frauen mittleren Alters, die den Menschen, die von der Arbeit in das „Kreta“ genannte Grätzl zurückkommen, Folder mit Bildern und Kurztexen von Christian Kern in die Hand drücken. Wahlkampf, wie man ihn in Wien-Favoriten kennt. Wahlkampf, der unendlich weit weg scheint von den Fußis und Pullers, den Silbersteins und wie all die Politikberater auch heißen mögen. Auf deren Rat hört hier im zehnten Hieb ohnehin keiner.

Warum aber hören die Parteimanager – nicht nur die der SPÖ, bei der es nun so offensichtlich geworden ist – auf solchen Rat? Festzuhalten ist: Politische Willensbildung lief bis weit in die 1960er-Jahre über die noch sehr dicht organisierten Parteistrukturen. Was am Bauernstammtisch geredet wurde, trugen die Bauernbündler in die ÖVP; für die SPÖ horchten sich sozialistische Betriebsräte um, was in den Betrieben geredet wurde. In den zu Unrecht geschmähten Parteigremien wurde das dann diskutiert – und mit der Programmatik abgeglichen.

Es waren Einfühlungsvermögen und Führungsstärke gleichermaßen gefragt, um die Ergebnisse zu Parolen zu destillieren, die wiederum in den Sektions- und sonstigen Parteilokalen an die Mitglieder ausgegeben und auf Wahlplakate gedruckt wurden. Zimperlich waren die Parteien dabei nicht – die „Rentenraub“-Plakate der SPÖ waren auch grafisch an die damals noch gut erinnerlichen „Kohlenklau“-Plakate der Nazis angelehnt. Und Flüsterpropaganda war der Vorläufer dessen, was heute in sozialen Netzwerken an Dirty Campaigning grassiert.

Aber es war hausgemacht, war quasi die organisierte und konzentrierte Meinungsbildung innerhalb der Parteien. Im Wahlkampf 1970 begann sich das zu wandeln und zu professionalisieren: Es war die damals regierende ÖVP, die in den erstmals bedeutsamen Fernseh-Belagungen die SPÖ-Schattenminister mit Papiersackerln über dem Kopf und den eigenen Kandidaten als „echten Österreicher“ im Gegensatz zum Juden Bruno Kreisky dargestellt hat.

Kreisky seinerseits umgab sich mit Experten, die „ein Stück des Weges“ mit ihm gehen sollten – und setzte mit Karl Blecha den fähigsten Meinungsforscher zum Abtesten seiner Kam-

pagne ein. Kreisky hat bekanntlich gewonnen. Wobei sich „der Alte“, wie er respektvoll genannt wurde, eben nicht nur auf Umfragen, sondern auch auf sein eigenes Urteil verließ – auch wenn ihn gelegentlich, etwa in der Frage Zwentendorf, beides getrogen hat.

Immerhin hat die SPÖ damals verstanden, politische Diskussionen anzustoßen – und ihre Mitglieder dafür zu begeistern. Dasselbe gilt für die ÖVP und auch für die damals kleine, aber sehr diskussionsfreudige FPÖ.

In den Jahren danach haben sich aber alle Parteien mehr als Kampagnenvereine, die Mehrheiten für die jewei-

lige Spitzenmannschaft organisieren wollten, verstanden. Schon in den 1990er-Jahren wurde der SPÖ intern vorgeworfen, sie wäre eine Art „Kanzlerwahlverein“ geworden; ein Jahrzehnt später tat es ihr die ÖVP gleich.

Aber Kampagnen sind kein Ersatz für breite politische Willensbildung.

Nun, da die Politikberater entzaubert sind, wäre es an der Zeit, die Parteien als Orte der politischen Willensbildung zu reaktivieren. Freiwillige, die bereit sind, mehr als das Zettelverteilen beizutragen, gäbe es genug. Die Parteispitzen müssten nur an die eigenen Parteien glauben.

KOPF DES TAGES

Ein Zahnarzt mit richtigem Draht zu Menschen



Cheftrainer Heimir Hallgrímsson führte Island erstmals zur Fußball-WM.

Foto: Reuters

werk bei den Frauen- und Männerteams seines Stammvereins ÍBV lernte, war vor allem für Analysen zuständig. Und er kümmerte sich um den Anhang, der bei der EM ebenso viel positives Aufsehen erregte, wie die Mannschaft selbst. Vor Heimspielen pflegte der Coach Fans in einem Pub in Reykjavík zu treffen, um die Anhänger über Aufstellung und Taktik zu informieren, um den Zusammenhalt zu fördern.

In seinem eigentlichen Beruf hat Hallgrímsson gelernt, den richtigen Draht zu Menschen zu finden. Bis zur EM wirkte er noch regelmäßig als Zahnarzt, weshalb der Joke, dass für Favoriten Spiele gegen Island einer Wurzelbehandlung gleichen, besonders beliebt ist. Der verheiratete Doktor praktizierte und lebt auf Heimay, eines der südlich der Hauptinsel vorgelagerten Westmännereilanden. Dort ist er als Spross einer Familie aufgewachsen, die von der Herstellung von Fischernetzen lebt.

Eines der prägendsten Erlebnisse war für Hallgrímsson der Ausbruch des Vulkans Eldfell 1973, den alle rund 4000 Einwohner von Vestmannaeyjar dank der Evakuierung durch die lokale Fischereiflotte überlebten. Der Wert des Zusammenhalts einer Gruppe erschloss sich da schon dem damals Fünfjährigen. Sigi Lützw